

Lübeck's CDU und FDP gegen Kieler Sparpläne

Die Hansestadt kämpft für den Erhalt der Uni Lübeck – und protestiert heftig gegen die Sparpläne der schwarz-gelben Landesregierung. Die will die Mediziner-Ausbildung an der Lübecker Uni dicht machen und ab dem Wintersemester 2011/2012 in Kiel konzentrieren. „Ein Aus für die Medizinerbildung bedeutet das Aus für den erfolgreichen Unistandort Lübeck“, protestiert die Lübecker SPD.

Selbst die Lübecker CDU stellt sich gegen die Pläne ihrer eigenen Landespartei. Ex-Senator Thorsten Geißler legte sich am Dienstagabend auf einem Landesparteitag in Neumünster für die Uni Lübeck ins Zeug. „Ich habe sehr deutlich gemacht, dass die medizinische Fakultät ein zentraler Baustein der Uni ist mit einer Vielzahl von Vernetzungen

in Medizintechnik und Wirtschaft hinein“, so Geißler. Über diesen Punkt des Sparpakets müsse zwingend noch einmal verhandelt werden.

Allerdings: Die CDU der Hansestadt stellt derzeit keinen Landtagsabgeordneten mehr, der die Pläne im Landtag kippen könnte. Der einzige lübsche Regierungsfraktions-Abgeordnete ist Gerrit Koch (FDP). Der aber lehnt es ab, das Sparpaket noch einmal aufzuschnüren. Er hat am Dienstag bereits die Hand dafür gehoben. „Es bleibt erstmal dabei. Das ist ja ein Gesamtpaket“, verteidigt sich Koch. Knicke man an der einen Ecke ein, bekomme man es zur Gänze nicht durch.

Druck bekommt der Liberale aber postwendend von seinen lübschen Parteifreunden. Ex-Fraktionschef Thomas Schalties will



Kämpfen für die Uni: IHK-Präses Christoph Andreas Leicht (v. l.), Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer, Uni-Präsident Peter Dominiak und Bürgermeister Bernd Saxe gestern Nachmittag im Lübecker Rathaus.

Foto: WOLFGANG MAXWITAT

Koch dazu zwingen, nicht für das Aus der Medizinerbildung zu stimmen. Für den nächsten Parteitag hat er einen entsprechenden Antrag vorbereitet. Der Abzug des Studiengangs Medizin missachte das Gebot der „regionalen Ausgewogenheit in eklatanter Weise“. Auch die

Fraktion ist dagegen. „Wir protestieren ausdrücklich gegen die Sparpläne. Wir stehen voll hinter unserer Uni“, erklärt FDP-Fraktionschef Thomas Rathcke. Kiel werde als Landeshauptstadt erneut zu Lasten Lübeck's bevorzugt. Morgen will die Lübecker Bürgerschaft eine Resoluti-

on für den Erhalt der Uni beschließen.

Nicolaus Lange, Geschäftsführer der Kaufmannschaft, nennt die Entscheidungen in Kiel „fatal für den Standort Lübeck“. Die Pläne der Landesregierung, „eine so erfolgreiche und hochprämierte Hochschule wie die Uni Lübeck dem Sparzwang zum Opfer fallen zu lassen, ist kurzsichtig, schadet dem Standort, vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet das Image des Landes“. Wissenschaftsmanagerin Iris Klauen sagt nüchtern: „Man kann nicht den besten Studiengang, der in den Rankings vorne liegt, dem Sparzwang opfern.“

Ingo Hoffmann, Bürgerschaftsmitglied der SPD, sieht die langfristige Rettung in einem Nordstaat. „Lieber aus Hamburg regiert als von Kiel schikaniert werden.“ jvz/wh/gek